

Der Lärm des Politischen

Die Londoner *riots* 2011 und ihre politischen Subjekte

Iris Dzudzek

Michael Müller

August 2011 – London's burning. Vier Tage lang kommt es zunächst in verschiedenen Stadtteilen Londons und später auch in anderen britischen Städten zu den größten Aufständen und Plünderungen der Nachkriegsgeschichte. Konservative Medien und Politik sind sich schnell einig: Der Abschaum, der sich für die Verwüstungen und Plünderungen verantwortlich zeigt, gehört mit aller Härte aus den Straßen gefegt. Die Aufständischen stellen keine politischen Forderungen. Entgegen hegemonialer Deutungen, die den *riots* eine politische Dimension absprechen, fragt der Artikel, inwiefern sich hier eine neue Qualität des Politischen und politischer Subjektivität zeigt, die wir mit den vertrauten repräsentationspolitischen Deutungsmustern nicht verstehen können.

Ersteinreichung: 14. Mai 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Am Abend des 4. August 2011 wird im Londoner Stadtteil Tottenham der 29-jährige schwarze Brite Marc Duggan von einer Spezialeinheit der Polizei im Taxi erschossen. Anfängliche Berichte, wonach Duggan auf die Polizei gefeuert hätte, erweisen sich später als falsch. Am 6. August versammeln sich in Tottenham etwa 200 Anwohner_innen zu einer von Duggans Familie angeführten Demonstration, die vor der örtlichen Polizeistation endet. Sie fordern eine Stellungnahme. Nachdem sie mehrere Stunden vergeblich warten, eskaliert die Situation. Leerstehende Polizeifahrzeuge werden in Brand gesetzt, später erste Geschäfte geplündert. In dieser Nacht beschränken sich die Aufstände noch auf Tottenham. Am 7. August verlagern sie sich vornehmlich in die Stadtteile im Norden Londons und sind vor allem auch durch Plünderungen gekennzeichnet. Am 8. August sind bereits 22 der 32 Londoner Bezirke von den Aufständen betroffen und auch in anderen Städten wie Liverpool, Birmingham, Manchester, Bristol oder Nottingham kommt es zu Aufständen. Während sie am 9. August in London ein wenig von ihrer Heftigkeit verlieren, erlangen sie an diesem Tag ihren Höhepunkt in den anderen englischen Städten. Die Polizeikräfte sind zu diesem Zeitpunkt allein in London von 6.000 auf 16.000 aufgestockt worden. Gepanzerte Fahrzeuge und Gummigeschosse werden eingesetzt. Am 10. August lassen die Aufstände und Plünderungen schließlich überall

nach und beschränken sich auf einige lokale Ausschreitungen. Im Kontext der Aufstände kommt es zu fünf Todesopfern in der Zivilbevölkerung (drei der Opfer wurden in Liverpool von einem Auto angefahren und tödlich verletzt, als sie versuchten ein lokales Geschäft zu schützen). Es werden etwa 2.500 Geschäfte verschiedenster Art geplündert; der geschätzte Sachschaden wird auf eine halbe Milliarde Pfund beziffert.

Bereits Stunden nach Ausbruch der sogenannten *riots* [1] hatten Politik und Medien eine Analyse und Erklärungen parat, die Premier David Cameron neun Tage später noch einmal in seiner viel zitierten Rede über „the fightback following the riots and looting“ wie folgt auf den Punkt bringt:

“But what we know for sure is that in large parts of the country this was just pure criminality. So as we begin the necessary processes of inquiry, investigation, listening and learning: let’s be clear. These riots were not about race: the perpetrators and the victims were white, black and Asian. These riots were not about government cuts: they were directed at high street stores, not Parliament. And these riots were not about poverty: that insults the millions of people who, whatever the hardship, would never dream of making others suffer like this.

No, this was about behaviour ...

... people showing indifference to right and wrong ...

... people with a twisted moral code ...

... people with a complete absence of self-restraint.” (Cameron 2011a)

Er sieht die Ursache für die *riots* im moralischen Verfall und bezeichnet England als eine *broken society* (Cameron 2011b). Die Medien haben das Narrativ der „broken society“ aufgenommen und in verschiedenen Varianten reproduziert: als kranke Gesellschaft [2], als Verfall von Sitten und Moral [3] oder als bösartige Bandenkultur [4]. Drakonische Strafen für die Aufständischen waren die Folge: Im Durchschnitt wurde ein Vergehen, das während der *riots* passierte, mit zwei- bis dreimal längeren Strafen belegt als ein vergleichbares Vergehen, was davor oder danach passierte (Ministry of Justice 2012, Travis 2012).

Linke Intellektuelle, Gewerkschaften und Medien projizieren ihre bewährten Deutungsmuster auf das, was sich in diesen Tagen in Großbritannien abspielt: die *riots* als gewaltvolle Antwort auf Exklusion, soziale Polarisierung und rassistische Diskriminierung, die nur mit dem bekannten „Mantra von Sozialprogrammen und Integrationsmaßnahmen“ (Žižek 2012: 141) überwunden werden könnten. Doch ein genauerer Blick liefert schlussendlich mehr Fragen als Antworten: Während der *riots* 2011 gab es keine kollektiven Äußerungen derer, die an ihnen beteiligt waren. Wenn linke Intellektuelle, Gewerkschaften und Medien recht hatten: Warum gab es dann in den *riots* keine kollektiven Forderungen nach politischer Partizipation, dem Ausbau von Antidiskriminierungs- und Sozialprogrammen, der Gleichbehandlung und Teilhabe an einer zunehmend durch Konsum geprägten Gesellschaft wie dies bei anderen *riots* in der Geschichte Großbritanniens der Fall war (vgl. Gilroy 2012b)? Sollten etwa die konservativen Medien recht behalten haben mit ihrer Interpretation der Aufständischen als krankem Teil von Camerons *big society* und als Abschaum, der mit aller Härte aus den Straßen zu fegen ist? [5]

Diese Fragen haben uns veranlasst, auf Spurensuche nach Selbst-äußerungen und Brüchen im hegemonialen Repräsentationsregime der *riots* zu gehen und nach der politischen Subjektivität sowie der „fehlenden“ Stimme der Aufständischen zu fragen. In Ermangelung an kollektiven Äußerungen haben wir subkulturelle Repräsentationen wie Hip-Hop- und Grime-Videos, Handyfilm-Dokumentationen der *riots*, Diskussionen in Community-Zentren, Dokumentationen aktivistischer Arbeit, einen scheinbar verpatzten Fernsehauftritt sowie Formen von Zensur nachgespürt und analysiert, um über diese indirekten gegenhegemonialen Repräsentationen Antworten auf unsere Fragen zu finden. Die Analyse wertet darüber hinaus politische Reden, die Zeitungsberichterstattung und wissenschaftliche Untersuchungen aus, die im Zeitraum zwischen den *riots* im August 2011 und Mai 2013 erschienen sind.[6] Im Folgenden lesen wir die vier zentralen Aussagen der Cameron-Rede – die *riots* seien eine Frage von falschem „behaviour“, „not about race“, „not about poverty“ und „not about government cuts“ – durch die Linse von vier gegenhegemonialen Äußerungen, nämlich dem Hip-Hop-Song „Ill Manors“ von Plan B, dem popkulturell häufig zitierten Skandalinterview, in dem eine BBC-Moderatorin den schwarzen Bürgerrechtler Darcus Howe Kriminalität unterstellt, als er die britische *Stop-and-Search-Praxis* als rassistischen Auslöser der *riots* thematisiert, dem im Anschluss an die *riots* verbotenen TV-Werbepot von *Levi's*, der *riots* als freiheitlichen Lebensstil verherrlicht hatte, sowie der Rede des bekannten Aktivisten und Kulturwissenschaftlers Paul Gilroy, die er vor Betroffenen und Aufständischen in einer der Londoner Communities, die Schauplatz der *riots* war, gehalten hat. Auf diese Weise stellen wir der Einschätzung Camerons gegenhegemoniale Repräsentationen und Interpretationen der *riots* entgegen (Abschnitt 2). Alle vier gegenhegemonialen Repräsentationen verweisen auf eine Depolitisierung der Aufständischen während oder im Vorfeld der *riots* und erklären, warum es keinerlei kollektive Forderungen von Seiten der Aufständischen in der Öffentlichkeit gab (vgl. Abschnitt 3). Hier diskutieren wir die These, dass die Depolitisierung der *riots* und die Verkennung der Aufständischen als politische Subjekte nicht nur einen biopolitischen Zugriff auf ihre Körper erlaubte, der als Mittel zur gewaltvollen Befriedung der *riots* eingesetzt wurde, sondern Ausdruck einer tiefgreifenden Desartikulation ihrer kollektiven, gesellschaftlich verursachten Probleme ist. Diese Beobachtung verdichten wir zu unserer zentralen, in Abschnitt 4 diskutierten These, dass die *riots* entgegen der hegemonialen Deutung sehr wohl ein politisches Ereignis waren, das aber außerhalb des repräsentationspolitischen Deutungsrahmens der Linken wie Konservativen liegt und daher als solches in den Medien nicht verhandelbar war. Wir zeigen, inwiefern sich in den *riots*, indem sie auf Forderungen verzichteten und durch ihre Form sprachen, eine neue Form des Politischen und der politischen Subjektivität zeigt.

2. Reading the Riots

„About behaviour“?

„Oi! I said: Oi! What you looking at, you little rich boy?! We're poor round here. Run home and lock your door. Don't come round

here no more. You could get robbed for real. Because my manor's ill. My manor's ill. For real. Yeah, you know my manor's ill. You could get lost in this concrete jungle. New builds keep springing up outta nowhere. Take the wrong turn down a one way junction. Find yourself in the hood. Nobody goes there. We got an eco-friendly government. They preserve our natural habitat.“
Plan B: „Ill Manors“

Am 23. März 2012, ein gutes halbes Jahr nach den *riots*, veröffentlicht der britische Hip-Hop- und R'n'B-Künstler Ben Drew (Plan B) den Song „Ill Manors“, der prompt auf dem sechsten Platz der englischen Single-Charts landet. „Ill Manors“, gewandet in treibende Hip-Hop- und *Breakbeats* sowie ein Sample aus Shostakovichs Siebter Symphonie, ist nicht nur ein klassisches Protestlied, sondern auch eine der wenigen kritischen popkulturellen Auseinandersetzungen mit den Ursachen der Aufstände. In dem Songtext laden *chavs* [7] und Gangster den/die Hörer_in zu einer „urban safari“ ein und spielen mit Selbstzuschreibungen als Überflüssige, gefährliche Klasse und wilde Tiere. Es ist nicht nur die Rede vom „concrete jungle“, sondern auch vom „natural habitat“, das hier als Allegorie auf die „council houses“ als dem „Biotop“ dient, das von der Regierung garantiert und unter Jugendlichen als soziales Stigma angesehen wird.[8] Ben Drews Song eignet sich die hegemoniale Zuschreibung als wilder Mob, der die Straßen seines Viertels durchstreift und alles und jeden in Sichtweite attackiert, radikal an und konfrontiert seine Zuhörer_innen mit einer Selbstrepräsentation als Abschaum und Ungeziefer, das seine eigene Nachbarschaft zerstört. Auf diese Weise gelingt es ihm, die Stereotypisierung durch Medien und Politik zu parodieren und trans-codieren (vgl. Hall 1997: 270 f.). Dieser Bruch in der Selbstrepräsentation von Plan B gab uns Anlass, die hegemonialen Subjektivierungen der Aufständischen durch die Regierung und die offizielle Berichterstattung zu hinterfragen, welche die Vorlage für den Song lieferten: Der Daily Mirror sprach von „yob rule“, der Independent von „mentally disturbed underclass“, die Sun von „low-life yobbos“, „thugs“ und „idiots“, Daily Star und National Post titelten „anarchists“, Metro „madness“, die Daily Mail notierte knapp „essentially wild beasts [...] left off learning how to become human beings“.[9] Diese Anrufungen gehören zum Standardrepertoire des Panikjournalismus nach den *riots*. Sie unterstellen, dass Recht und Ordnung in größerem Maßstab in Gefahr sind. Durch ihre ausreichende Wiederholung schaffen sie eine Atmosphäre der Angst und erklären den „Feind“ zur Bestie, zum „Un-Menschen“ (Gregory 1998: 20ff.).

Die dehumanisierende Rhetorik, die den Protagonist_innen des Aufstands bereits am zweiten Tag der *riots* aus Politik, Medien und großen Teilen der Bevölkerung entgegenschlug, ist bemerkenswert. Einzelne BBC-Reporter_innen, die während ihrer nächtlichen Berichterstattung am ersten Tag der *riots* in den Aufständischen noch politische Subjekte erkennen wollten und deshalb von Protestierenden sprachen, wurden Opfer eines Sturms der Empörung und änderten daraufhin umgehend ihre Sprachpolitik (Halliday 2011). Die konservative Regierung, deren Mitglieder zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich aus ihren Urlaubsdomizilen zurückkehrten, begann nach einigen Tagen der Zurückhaltung ihr eigenes Narrativ zu formieren

und holte zum Schlag aus. David Cameron kündigte am 15. August 2011 die „operation fightback“ an (Cameron 2011a), sprach von einer „broken society“ und von „sick elements“ (Cameron 2011b). Justizminister Kenneth Clarke wählte ähnlich markante Worte und bezeichnete die Aufständischen als „feral underclass, cut off from the mainstream in everything but its materialism“ (Lewis et al. 2011b).

Diese Radikalisierung führt zu einer Logik der Exklusion und Repression gegenüber dem vermeintlich „kranken Teil“ der Bevölkerung, dem das Menschsein und die Fähigkeit, politisch zu handeln, abgesprochen wird. Diese Rhetoriken folgen einer biopolitischen Rationalität und produzieren auf der Ebene der Gesellschaft die Diagnose einer Krankheit des „Gattungskörpers“ (vgl. Foucault 1977: 135) sowie auf der Ebene des aufständischen Individuums – einer Logik des Banns folgend – Überflüssige [10], Ausgestoßene, „homines sacri“ (vgl. Agamben 2002: 93). Sie setzen eine „Politik der Angst“ (Žižek 2011a: 43) in Gang. Die konsequente Entmenschlichung der Aufständischen legitimiert ein hartes polizeiliches Vorgehen. Die Interpretation der Politiker_innen, dass es sich bei den Unruhen um reine Kriminalität von einer Gruppe von Unverbesserlichen handelt, findet breite Zustimmung. Gerade auch Einwanderer_innen und Mitglieder ethnischer Minderheiten, die sich eine bescheidene Lebensgrundlage in der teuren Hauptstadt erarbeitet haben, zeigen oft keinerlei Verständnis. Entsprechend populär ist der Ruf nach strenger Repression (Odone 2011). Das Meinungsforschungsinstitut *YouGov* wurde während der *riots* tätig und erstellte im Auftrag der *yellow press* ein beeindruckendes Stimmungsbild. 2.700 Briten wurden am dritten Tag der *riots* befragt: 90 Prozent sprachen sich für den Einsatz von Wasserwerfern aus, 80 Prozent für den sofortigen Einsatz der Armee und 33 Prozent für den Einsatz scharfer Munition (YouGov 2011a; 2011b). Eine elektronische Petition, welche die Streichung der Sozialhilfen für Randalierende forderte, hatte innerhalb von wenigen Tagen mehr als 200.000 Unterschriften (Mains 2011).

In der Folge der *riots* fielen die Strafen drakonisch aus. Die Dauer der Gefängnisstrafen wurde bei allen Beteiligten zwei- bis dreimal länger bemessen als bei vergleichbaren Delikten, die außerhalb dieses Zeitfensters von gerade mal vier Tagen begangen wurden (Ministry of Justice 2012, Travis 2012). In den ersten Schnellverfahren gegen die Aufständischen im direkten Nachgang der *riots* wurden Exempel statuiert. Die Polizei von Manchester twitterte: „Mum-of-two, not involved in disorder, jailed for FIVE months for accepting shorts looted from shop. There are no excuses!“

Der 23-jährige, nicht vorbestrafte Nicolas Robinson erhielt sechs Monate, weil er Wasserflaschen stahl (Ford Rojas 2011). Zwei junge Männer mussten vier Jahre hinter Gitter, weil sie auf Facebook zu Krawallen in ihren Wohnorten aufgerufen hatten, die nie stattfanden (Bowcott/Carter/Clifton 2011, Rawlinson 2011). Andere Schreckensszenarien – z.B. die geforderte Sippenhaft für die Familien der Aufständischen in Form der Streichung von Sozialhilfe oder die sofortige Kündigung ihrer Sozialwohnungen – blieben aus. Die Repräsentation der *riots* als abnormales „behaviour“ (Cameron 2011a) und schlechter Sitten beraubte die Aufständischen jedoch zentraler Rechte und ihrer politischen Stimme.



Abb. 1 Tweet
der Polizei von
Manchester vom 13.
August 2011 (Quelle:
Batty 2011)

„Not about race“?

Am zweiten Tag der *riots* kam es vor laufender Kamera zu einem Eklat. Die BBC-Nachrichtenmoderatorin Fiona Armstrong interviewte den schwarzen Bürgerrechtler, Schriftsteller und Fernsehjournalisten Darcus Howe (Hersh 2011, BBC News 2011). Seine Weigerung, sich schockiert von den Ereignissen des vergangenen Tages zu zeigen und sie aufs Schärfste zu verurteilen, empörte die Interviewerin sehr. Howe versuchte – trotz zahlreicher Unterbrechungen durch die Interviewerin – die *riots* als vorhersehbar darzustellen, sprach über Rassismus, beschrieb die Lebenswelt seiner Kinder und Enkel als von der *Stop-and-Search*-Praxis geprägt, prangerte diese als rassistische und alltägliche Drangsalierung [11] an und skandalisierte die Erschießung Marc Duggans. Gänzlich aus dem Ruder lief das Gespräch, als Howe sich anschickte, die *riots* eben nicht als Randalen, sondern als politischen Aufstand (*insurrection*) und historischen Moment zu bewerten. Armstrong unterstellte, dass Howe Gewalt legitimieren wollte: „Mr. Howe. If I can just ask you, you are not a stranger to riots yourself, I understand, are you? You have taken part in them yourself?“ Howe konterte: „I’m not a – I have never taken part in a single riot. I have been on demonstrations that ended up in a conflict. And I have some respect for an old West Indian negro, instead of accusing me of being a rioter“ (ebd.). Das Interview wurde daraufhin überstürzt abgebrochen und zeigt sehr deutlich, dass die *riots* als politischer Protest gegen *racial profiling* und Rassismus im hegemonialen Diskurs nicht verhandelbar waren.

In der groß angelegten Studie „Reading the Riots“ [12] der britischen Tageszeitung *The Guardian* und der *London School of Economics* nannten Personen, die in die *riots* involviert waren, *policing*, d.h. polizeiliche Praktiken, als Hauptursache für ihre Teilnahme an den *riots*. Drei Viertel der Befragten wurden während des Jahres vor den *riots* mindestens einmal von der Polizei angehalten und durchsucht (Lewis et al. 2011a). In den Jahren 2010 und 2011 wurden in England und Wales 1,2 Millionen sogenannte *Stop-and-Search*-Maßnahmen verzeichnet – beinahe die Hälfte davon im Großraum London (Home Office 2012). Lediglich ein Prozent

der Maßnahmen führte zu einer Verhaftung. Asiatische Brit_innen wurden zweimal, schwarze Brit_innen siebenmal sooft angehalten wie weiße Brit_innen (Povey et al. 2011).

Bis zum Jahr 2010 bildeten insgesamt drei Paragraphen des britischen Strafrechts die rechtliche Grundlage zur Durchführung dieser polizeilichen Maßnahmen. Der am häufigsten angewandte Paragraph 1 des „Police and Criminal Evidence Act“ von 1984 setzt einen begründeten Verdacht voraus, dass die zu durchsuchenden Personen gestohlene oder verbotene Güter mit sich führen. Paragraph 44 des „Terrorism Act“ von 2000 und Paragraph 60 des „Criminal Justice and Public Order Act“ von 1994 hingegen erfordern keinerlei begründeten Verdacht. Sie sind als Sonderbefugnisse (*exceptional powers*) der Polizei konzipiert und funktionieren über die rechtliche Konstruktion des Ausnahmezustandes, d.h., sie sind als Anomie in die Rechtsordnung eingeschrieben und ermöglichen eine legale Suspendierung des Rechts zur Aufrechterhaltung der als bedroht eingeschätzten staatlichen Ordnung.[13]

Während Paragraph 44 am 12. Januar 2010 durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für rechtswidrig erklärt wird (Donson 2010, Travis 2011), bleibt der nicht minder umstrittene Paragraph 60 weiterhin in Kraft (Metropolitan Police London 2012, Strickland/Berman 2012). Er ermächtigt die Polizei in einem sogenannten autorisierten Gebiet dazu, jede Person und jedes Fahrzeug zu durchsuchen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Verdächtigten Waffen mit sich führen oder ganz pauschal „in anticipation of violence“.[14] Diese Befugnis gilt für einen Zeitraum von bis zu 24 Stunden und ist auf bestimmte Gebiete bezogen. Eingeführt wurde dieses Gesetz 1994 zur Kontrolle von Fußball-Hooligans. Es avancierte aber recht schnell zu einer inflationär angewendeten polizeilichen Standardmaßnahme und illustriert Agambens Diagnose einer gegenwärtigen Tendenz innerhalb westlicher Demokratien, „die Erklärung des Ausnahmezustands zunehmend [...] durch eine beispiellose Ausweitung des Sicherheitsparadigmas als normaler Technik des Regierens [zu ersetzen]“ (Agamben 2004: 20).

2000/2001 werden bereits 18.900 stop and searches allein unter dem Paragraph 60 verzeichnet, in den Jahren 2009/2010 alarmierende 118.000. Die Gefahr, angehalten und durchsucht zu werden, ist für asiatischen Brit_innen 10-mal, für schwarzen Brit_innen 30-mal höher als für einen weiße (Povey et al. 2011, Strickland/Berman 2012, 2013). Die Praxis des *stop and search* ist offensichtlich von Kriterien des *racial profiling* geprägt (Dodd 2012; 2013, Townsend 2012). Sie wird innerhalb einer „rassialisierten Grammatik der Kriminalität“ angewendet und „etabliert für bestimmte soziale Gruppen einen normalisierten Ausnahmezustand, indem grundlegende Rechte faktisch suspendiert sind“ (Altenried 2012: 8). Die in Paragraph 60 geregelte *Stop-and-Search*-Befugnis ist zwar zeitlich und räumlich begrenzt; die Polizei jedoch darf innerhalb dieses Rahmens ohne weitere Begründung agieren (Jason-Lloyd 1996: 30). Auf diese Weise werden ganze Quartiere unter Generalverdacht gestellt. Ronneberger und Tsianos (2012: 4) weisen darauf hin, dass die Konstruktion „panischer“ oder „gefährlicher Räume“ zu einer präventiven Kriminalisierung führt und die Grundlage für eine restriktive Politik der Versicherheitlichung einzelner

Stadtteile bildet. Die von der Labour-Regierung im Jahre 1997 in Auftrag gegebene Untersuchung der Ermordung des schwarzen Briten Stephen Lawrence mündete 1999 im sogenannten MacPherson-Report, der der britischen Polizei „institutionellen Rassismus“ bescheinigt (MacPherson 1999). Viele Jahre später hat sich, wie eine interne Folgeuntersuchung von 2009 (Home Affairs Committee 2009) und die bloßen Statistiken belegen, an der Richtigkeit dieser Diagnose nichts geändert.

Warum aber wird die mediale Aufmerksamkeit der *riots* vonseiten der Aufständischen nicht genutzt, um ein Ende dieses alltäglichen und im Ausnahmezustand normalisierten Rassismus zu fordern? Mehr noch: Warum wird ein Bürgerrechtler wie Darcus Howe, der sich bereits seit den 1960er Jahren gegen die Diskriminierung von Schwarzen in Großbritannien einsetzt, von einer BBC-Moderatorin mundtot gemacht, wenn er die *riots* – genau wie die oben angeführte Darstellung – als Reaktion auf die rassistische Praxis des *stop and search* benennt? [15] Das Problem ist, so unsere im Folgenden vertretene These, dass *race* eine zunehmende Kulturalisierung erfährt, die zu einer Dethematisierung von Rassismus führt. Rassistische Differenz erscheint zunehmend als kulturelle, gesellschaftliches Stigma und Exklusion werden als Wahl einer Lebensstilgruppe verhandelt.

Ein emblematisches Beispiel für dieses Argumentationsmuster sind die Äußerungen des Historikers David Starkey zu den *riots* in der BBC-Sendung *Newsnight* am 12. August 2011:

„The whites have become black. A particular sort of violent destructive, nihilistic gangster culture has become the fashion and black and white boys and girls operate in this language together. This language which is wholly false, which is this Jamaican patois that has been intruded in England and that is why so many of us have this sense of literally a foreign country.“ (Starkey zit. n. Quinn 2011)

Starkey kulturalisiert ethnische Differenz, indem er sie als *gang culture* thematisiert. Er bedient sich eines Arguments aus den Diskursen des sogenannten *new racism* (Centre for Contemporary Cultural Studie 1982). Dieser ist ein kulturalisierter Rassismus und bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Einwanderung neuer Bevölkerungsgruppen im postkolonialen Großbritannien als etwas verhandelt wird, dass die kulturelle Homogenität der Nation bedrohe und im Stande sei, sie gänzlich zu zerstören. Wie Paul Gilroy anmerkt, erscheint diese Betonung der Kultur zwar harmloser als eine krude biologische Theorie der „Rasse“, sie ist aber nicht minder brutal, denn „social and cultural differences are being coded according to the rules of a biological discourse“ (Gilroy 2000: 34). Offen rassistische Äußerungen wären in einer Sendung der BBC nicht denkbar, durch seine Kulturalisierung ist Starkeys Argument aber nicht als offen rassistisch zu erkennen und wird auf diese Weise sogar in der BBC hoffähig. David Starkeys öffentliche Äußerungen blieben aber kein Einzelfall. In der Tageszeitung *The Independent* verfolgt John Bird ein ähnliches Argument:

„Supremacy on the street is a black supremacy. It is the uniform of the poor black inner city boldly adopting an identity to say ‚fuck you‘ – taking a social position of emptiness and nothingness and making it into a social power statement.“ (Bird 2011)

Die Tatsache, dass nicht alle Aufständischen schwarz sind, nimmt Bird zwar zur Kenntnis, verantwortlich seien sie aber dennoch, denn „poor inner-city black people are fashion leaders. They are the style leaders. They are the leader. And you follow“ (ebd.). Auch Tony Parsons schlägt im *Daily Mirror* in diese Kerbe, wenn er die als „schwarz“ attribuierte Bandenkultur als Auslöser für die *riots* nennt: „Without the gang culture of black London, none of the riots would have happened – including the riots in other cities like Manchester and Birmingham where most of rioters were white“ (Parsons 2011).

Die Vorfälle seien zwar für alle Briten sehr traurig, aber besonders für

„all the decent, hard working black men and women in this country. They have worked hard for all they have. They are a positive force in this country. They do not deserve to see the clock turned back to the Seventies and Eighties, when racism was overt and vicious. But that is what will happen. The images of black youths running wild will not be quickly forgotten“ (Parsons 2011).

So treffend Parsons Vorhersage auch sein mag, sie ist selbst Teil der performativen Herstellung eines rassistischen Backlashs in der medialen Berichterstattung über die *riots*. Die TV-Beispiele zeigen sehr eindrücklich, dass im hegemonialen Repräsentationsregime weder die Stigmatisierung ethnischer Differenz als Bandenkultur hinterfragt noch Praktiken wie *stop and search* als rassistisches Regime zur Regierung der Überflüssigen thematisiert werden können. Die Repräsentation der *riots* als „not about race“ (Cameron 2011a) spricht antirassistischen und antikulturalistischen Äußerungen ihre politische Legitimität ab.

„Not about poverty“?

Kurz vor den *riots* veröffentlichte *Levi's* einen neuen Werbespot, der bereits am 11. August 2011 zurückgezogen wurde (Neate 2011). Er zeigte Jugendliche in feschem *casual outfit* in *Levi's* Hosen während der Aufstände des 1. Mai in Berlin. Eine Stimme aus dem Off zitierte ein Gedicht von Charles Bukowski, einer Ikone der US-amerikanischen Gegenkultur. Der Spot endete mit einem Close-up auf einen Aufständischen in *Levi's* Jeans von hinten, der sich gegen eine Polizeikette auflehnt, sowie dem Slogan „Go forth!“ (ebd.).

In den *riots* 2011 scheint der Spot Wirklichkeit geworden zu sein. Neben Zerstörungen kam es zu unzähligen Plünderungen. Der meist geplünderte Filialist war JD Sports (vgl. Abb. 2). ‚*Gangster chic*‘ und ‚*dangerwear*‘ sind Verkaufsschlager – nicht nur bei *Levi's*, auch JD Sports ist dafür bekannt, ‚dissidente‘ Konsumwünsche zu befriedigen.

Neben den vor allem bei Jugendlichen beliebten Bekleidungsgeschäften waren insbesondere Händler technischer Geräte wie Handys (*Carphone Warehouse*, *T-Mobile*) und Elektro- und Elektronikfachhändler wie *Currys*, *Comet* oder *PC World* beliebte Anlaufpunkte, aber auch Läden mit Waren des alltäglichen Bedarfs (*Tesco*) und für Sportwetten (*William Hill*, *Coral*) zählten zu den beliebtesten Zielen. Die geplünderten Waren reichten von Markenkleidung über Flachbildfernseher bis hin zu Wasserflaschen und



Abb. 2 Liste der meist geplünderten Filialgeschäfte während der *riots* 2011

Babywindeln. Eine Vielzahl der Plünderungen war nicht gewaltsam und chaotisch, sondern glich eher vergnügten Shoppingtouren in Warenhäusern ohne Verkäufer_innen.[16] Dem Gerücht nach fingen Jugendliche in einem Burger King sogar selbst an, Burger zu braten.

Folgt man der These Zygmunt Baumanns (2010), so verlaufen gegenwärtig Identitätskonstitutionen zunehmend nicht mehr über Produktion, sondern über Konsumtion, von der immer mehr Menschen ausgeschlossen sind. Die „Konsumgesellschaft“ rufe „ihre Mitglieder *primär in ihrer Eigenschaft als Konsumenten*“ (ebd.: 71; Hervorh. i. O.) an und behandle Konsumieren als „ein universelles Menschenrecht *und* eine universelle Menschenpflicht zugleich“ (ebd.: 74; Hervorh. i. O.). Dadurch würden „die Armen in eine Lage hineingedrängt, in der sie [...] das wenige, was ihnen an Geld oder Ressourcen zur Verfügung steht, für sinnlose Konsumobjekte statt für das Lebensnotwendige ausgeben müssen, um so die totale gesellschaftliche Erniedrigung abzuwenden“ (Shrestha, zit. n. ebd.: 75).

In keinem anderen europäischen Land ist seit den 1970er Jahren die soziale Schere soweit auseinandergegangen wie in Großbritannien. Waren 1970 noch 1,2 Prozent des nationalen Einkommens in der Hand der 0,1 Prozent reichsten Briten, so waren es im Jahr 2005 bereits 5 Prozent. Das bedeutet in den Händen der Reichsten 0,1 Prozent versammelte sich nun knapp 700 Prozent mehr als 1970 (Dorling 2012: 6). Bauman bezeichnet die vom Konsumismus Ausgeschlossenen als „Invaliden“ und „fehlerhafte Konsumenten“, die jedoch – anders als die Außenseiter_innen des Fordismus – nicht länger als Menschen imaginiert würden, „die Hilfe und Fürsorge verdienen, da das Befolgen und Erfüllen der Grundsätze der Konsumkultur (völlig kontrafaktisch) als jederzeit und universell möglich gilt“ (Baumann 2010: 76). „Soziale Invalidität“ werde in der Konsumgesellschaft als „Ergebnis individueller Mängel“ (ebd.) gesehen. „[W]eil die Frage der ‚Gesellschaftsfähigkeit‘ der Verantwortung und Sorge des Einzelnen übertragen wurde, [...] sind Praktiken der Exklusion in der Gesellschaft von Konsumenten sehr viel strikter, strenger und unnachgiebiger als in der Gesellschaft von Produzenten“ (ebd. 75). Bauman (2011) und Žižek (2012) interpretieren die *riots* als „ironische Antwort auf die Konsumideologie: ‚Ihr ruft uns auf zu konsumieren und nehmt uns zugleich die Mittel, dies zu tun – hier sind wir nun und machen es in der einzigen Weise, die uns bleibt!‘“ (Žižek 2012: 143).

Der *Levi's*-Werbespot zeigt, wie sehr die Zeichen, die einst Widerstand gegen das System bedeuteten, im Differenzkapitalismus inkorporiert und zu begehrenswerten Konsumgütern auch für diejenigen geworden sind, die mit ihnen keine politischen Inhalte mehr verbinden. Die Inkorporierung von Kritik und Dissidenz in den kapitalistischen Verwertungszyklus ist zu einem wesentlichen Motor der Erneuerung des Kapitalismus geworden (Boltanski/Chiapello 2006: 476ff.). Indem Marker von Identität und Zeichen der Dissidenz zu *trademarks* werden, werden gleichzeitig eine Vielzahl ihrer Träger_innen von ihren eigenen Symbolen enteignet, die sie sich in der Konsumgesellschaft nun schlicht nicht mehr leisten können. Konsumieren ist nach Bauman die individuelle Wahl vorgegebener Optionen (2010: 75). Aber was haben, mit Žižek gefragt, die Aufständischen

von der „gefeierten Wahlfreiheit, wenn die einzige Wahl darin besteht, entweder nach den Regeln mitzuspielen oder blinde (selbst-)zerstörerische Gewalt anzuwenden?“ (2012: 140).

Die zunehmende Bedeutung von Konsum für die eigene Subjektkonstitution führt bei den Jugendlichen zu einer doppelten Exklusion: erstens sozioökonomisch, in dem sie als „überflüssig“ (Bauman 2005: 42) stigmatisiert werden, wenn sie nicht am Konsum teilnehmen können, und zweitens symbolisch, indem sie von den Zeichen enteignet werden, die ihre eigene Identität markieren. In einer konsumistischen Gesellschaft, in der Freiheit als Wahl von Produkten definiert wird, wird den Überflüssigen ihre Handlungsfähigkeit als politische Subjekte abgesprochen. Die Repräsentation der *riots* als „not about poverty“ (Cameron 2011a) verstärkt diesen Effekt.

„Not about government cuts“?

Am selben Tag, an dem Cameron seine Rede über die *broken society* hielt, trat der berühmte Aktivist und Kulturwissenschaftler Paul Gilroy in einem Community Centre in Tottenham – einem Brennpunkt der *riots* – in einen Dialog mit Sozialarbeiter_innen, Anwohner_innen und Aufständischen. Auf die Frage, warum die sozialen Institutionen und Community-Organisationen versagt und sich nicht wie noch 1981 bei den *riots* in Brixton zur sozialpolitischen Stimme der Aufständischen gemacht hätten, gab Gilroy folgende Antwort:

„When you look at the layer of political leaders from our communities, the generation who came of age during that time thirty years ago, many of those people have accepted the logic of privatization. They’ve privatized that movement, and they’ve sold their services as consultants and managers and diversity trainers.“ (Gilroy 2011)

Seit den 1970er Jahren hat die Sozialpolitik in England eine Neoliberalisierung erlebt, die mit anderen europäischen Staaten kaum vergleichbar ist. Eine ganze Generation von britischen Sozialarbeiter_innen, ausgebildet in den Grundfragen Gleichstellung und Antidiskriminierung, eingesetzt zur Stabilisierung lokaler *communities*, wurde im Zeichen des neoliberalen Ausverkaufs sozialer Fragen unter Thatcher zu *diversity managers* und *social entrepreneurs*, deren wichtigste Aufgabe es ist, die Menschen aus den *community centres*, Frauenselbsthilfegruppen, psychosozialen Einrichtungen und Jugendzentren für den Arbeitsmarkt zu aktivieren und wieder in die Konsumgesellschaft zu integrieren.

Seit 2010 wurden 18 Milliarden Pfund im britischen Sozialsystem gestrichen (AFP/dpa 2010, Bumke 2012, Gentleman 2011, Stratton/Elliott/Ramesh 2010). Den *riots* waren zahlreiche Proteste gegen die größten sozialpolitischen Sparmaßnahmen in der jüngeren englischen Geschichte vorausgegangen, im Rahmen derer auch zahlreiche *community centres* geschlossen wurden: Im November und Dezember 2010 protestierten Schüler_innen und Studierende gegen massive Kürzungen im Bildungssektor, die Erhöhung der Studiengebühren und die Abschaffung der „Education Maintenance Allowance“.[17] Das erste Halbjahr 2011 war

von gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen und Kundgebungen geprägt, die sich gegen die Austeritätspolitik der Regierung wandten. Der *Trades Union Congress* initiierte am 26. März den sogenannten „March for the Alternative“ in der Londoner Innenstadt, an dem rund 500.000 Menschen teilnahmen.

Die feministische Medientheoretikerin Angela McRobbie (2012) rechnet vor, dass derzeit Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen für alleinerziehende Mütter eine 30-Stunden-Woche ausfüllen. Dies ist Ausdruck eines Prozesses der Neoliberalisierung, der dazu geführt hat, dass viele soziale und politische Einrichtungen, wenn sie nicht ganz abgeschafft wurden, soweit zu verlängerten Armen des neoliberalen Staates wurden, dass sie ihren politischen Anspruch – beispielsweise Forderungen nach sozialer Teilhabe und gegen rassistischen Ausschluss – häufig fast ganz verloren haben. Wer sich nicht aktivieren lässt, braucht auf politische Rechte oder eine Stimme in den neoliberalen Formen von *governance* zwischen *diversity management* und *empowerment* durch Partizipation nicht zu hoffen. Die Repräsentation der *riots* als „not about government cuts“ (Cameron 2011a) negiert die massiven Sparmaßnahmen, die Rolle, die die Privatisierung von Sozialarbeit hatte und spricht Aufständischen, die sich nicht in der ökonomisierten Logik der Sozialverwaltung folgend eingliedern lassen wollen, ein weiteres Mal ihre politische Stimme ab.

From voice to noise

Die vorangegangenen Ausführungen haben erstens gezeigt, dass die Stigmatisierung der Aufständischen als Abschaum und ihres Verhaltens als abnormal zu ihrer Entmenschlichung führt. Diese verwandelt ihre Stimme in Lärm, spricht ihnen ihre politische Subjektivität ab und stigmatisiert ihren Aufstand als pure Kriminalität. Zweitens ist deutlich geworden, dass die Praxis des *stop and search* nicht als rassistisches Regime der ‚Versicherheitlichung‘ thematisiert werden kann. Stattdessen wird ethnische Differenz als Bandenkultur kulturalisiert: Alltäglicher Rassismus rückt im Gewand von *gang culture* wieder in das Feld des Sagbaren und ist politisch als solcher nicht mehr anklagbar. Drittens wurde herausgearbeitet, dass in Zeiten, in denen Konsum zu einem zentralen Moment der eigenen Subjektconstitution geworden ist, viele Jugendliche von einer doppelten Exklusion betroffen sind: einmal ökonomisch, weil sie sich die Konsumgüter, die ihren Lebensstil markieren, nicht leisten können. und zum Zweiten sozial, weil sie von ihren eigenen Zeichen und Symbolen, ihrer Identität und Sprache enteignet werden. Dies sind genau solche Zeichen und Symbole, die einst aus ihren Milieus stammend für den Widerstand gegen das System standen und nun als *gangster chic* von ihm vereinnahmt sind. Viertens hat die Analyse gezeigt, dass der Rückbau sozialstaatlicher Einrichtungen und bildungspolitischer Förderungsmaßnahmen zu einer Restrukturierung und Vermarktlichung des Sozial- und Bildungsbereichs geführt hat, der zunehmend darauf ausgerichtet ist, Individuen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. In allen vier Fällen wird die politische Stimme bestimmter Menschen verneint und in Lärm (not voice = noise, Rancière 2007) verwandelt.

3. „Alles, was wir jetzt sagen, kann uns weggenommen werden – alles, nur nicht unser Schweigen“ [18]

“Dear England, whoa, give me the words, give me the words, that tell me nothing” (Lowkey feat. Mai Khalil “Dear England”)

Lowkey und Mai Khalil machen in ihrem Hip-Hop-Song „Dear England“ deutlich, dass ihnen alle staatlichen, sozialpolitischen und medialen Repräsentationen der *riots* wie auch der Aufständischen rein gar nichts sagen. Sie halten ihnen eine eigene Erzählung, in der Kolonialgeschichte, Rassismus und Kapitalismus als Ursachen der *riots* benannt werden, entgegen. Gleichzeitig betont der Song die Sprachlosigkeit der Aufständischen: Ihre Variante der Geschichte wird nicht oder immer nur in einer Weise gehört, die sie für ihre Probleme selbst verantwortlich macht. Die Möglichkeiten politischer Artikulation sind in Camerons *big society* eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es während und auch nach den *riots* so gut wie keine Formen der Selbstorganisation oder kollektive Forderungen vonseiten der Aufständischen in der Öffentlichkeit gab (vgl. hierzu auch Žižek 2012: 139). Im Gegenteil müssen die *riots* als Verweigerung politischer Repräsentation gelesen werden. Ihre potentiellen Vertreter_innen wie Community-Organisationen, Gewerkschaften, Aktivist_innen, Studierendenvereinigungen oder Sozialverbände traten zwar hier und da im Feuilleton oder in wissenschaftlichen Untersuchungen mit ihren Einschätzungen und Deutungen der *riots* in Erscheinung (vgl. z.B. die Stellungnahme des gewerkschaftlichen Dachverbandes, dem Trades Union Congress 2011). Als Repräsentant_innen der Aufständischen aber kamen sie nicht mehr infrage. Dies ist ein deutlicher Unterschied beispielsweise zu den *riots* in Brixton 1981, als es noch soziale Bewegungen gab, die die Belange der Menschen aus den Vierteln vertraten und Probleme rassistischer oder sozioökonomischer Exklusionsmechanismen thematisierten (vgl. Gilroy 2012b; 2012c).

Die Desartikulation des Sozialen?

Eine weitere mögliche Antwort auf die Frage, warum es keine kollektiven Forderungen vonseiten der Aufständischen gab, liegt in der individualisierenden Form des Neoliberalismus, die seit Margret Thatcher ihren Siegeszug in England feiert. 24 Jahre vor Camerons Diagnose der *broken society* sagte sie:

“I think we have gone through a period when too many children and people have been given to understand “I have a problem, it is the Government’s job to cope with it!” [...] and so they are casting their problems on society and who is society? There is no such thing!” (Thatcher 1987)

Für sie gibt es nur “individual men and women [...] It is our duty to look after ourselves” (ebd.). In der (Konsum-)Gesellschaft wird die Verantwortung für das Gelingen der Integration zunehmend auf den/die Einzelne_n

abgewälzt. Fast schon ikonisch ist in dieser Hinsicht die Fernsehsendung „Jamie Oliver’s Dream School“ geworden, in der 20 Teenager ohne Schulabschluss Unterricht von einer Reihe Prominenter – darunter auch der bereits oben zitierte Geschichtswissenschaftler Starkey – erhalten. „Die Sendung enthält eine einfache ideologische Anrufung: Ebenso wie Jamie Oliver können die Schüler_innen auch ohne Schulabschluss erfolgreich sein, wenn sie sich genügend Mühe geben und man ihnen Selbstwertgefühl vermittelt“ (Werthschulte 2011: 2).

Die Individualisierung kollektiver Problemlagen geht dabei mit einer zunehmenden Entsolidarisierung einher. Gesellschaftliche Probleme und Brüche wurden in der Folge von Thatcherismus und britischem „Drittem Weg“ unter der Labour-Regierung soweit individualisiert, responsibilisiert und in die verlängerten Arme des unternehmerischen Staates inkorporiert, dass kollektive politische Organisationsformen und Forderungen zunehmend verunmöglicht wurden. Die systematische Austrocknung der Gewerkschaften mag hier ebenso erwähnt werden wie der Zwang zu „Qualifikationsmaßnahmen“, die zunehmend ihren Namen nicht mehr verdienen, weil sie, statt wirklich zu qualifizieren, Arbeitslose zu Dumpingpreisen ausbeuten, ohne dass sich die Aktivierten dagegen wehren können (McRobbie 2012). Die Geschichtswissenschaftlerin Lisa Duggan legt in ihrer Analyse der US-amerikanischen Gesellschaft dar, was auch für Großbritannien gilt: Innerhalb von identitätspolitischen Kämpfen wird die Frage nach gleichen Rechten in (neo-)liberalen Begriffen reartikuliert (ebd.: XVIII f.).

„In general, too few on the left have noticed that as neoliberal policies continued to shrink the spaces for public life, democratic debate, and cultural expression during the 1990s, they were doing this through their own versions of identity politics and cultural policies, inextricably connected to economic goals for upward redistribution of resources.“ (Duggan 2004)

Die Tatsache, dass bestimmte Stimmen und Forderungen aus dem Feld des Sozialen ausgeschlossen werden und politisch nicht mehr artikulierbar sind, beschreibt Angela McRobbie als eine „Politik der Desartikulation“ (2010: 47ff.). Im „gesellschaftlichen und kulturellen Leben [ist] zu beobachten, wie benachteiligte soziale Gruppen, die möglicherweise zwecks einer Verfolgung gemeinsamer Ziele sich hätten zusammenschließen können, immer weiter auseinanderrücken“ (ebd.: 49). Damit wird „die gruppenübergreifende politische Nutzbarmachung von intersektionalen Differenzkategorien“ (ebd.), die zwischen unterschiedlichen identitätspolitischen Kämpfen denkbar wären, unterbunden und „genau diese Art von progressiver, intersektionaler Politik zur Zeit desartikuliert“ (ebd.). Boris Buden (2009) weist darauf hin, dass gegenwärtig soziale Unruhen zumeist als „urban struggles“ bezeichnet werden, weil die verhandelten Probleme politisch nicht mehr als „soziale“ artikulierbar sind.

An die Stelle der Bekämpfung von sozioökonomischen Ungleichheitsstrukturen tritt im Zuge der neoliberalen Transformation (von Staatlichkeit) eine neue Form der Regierungstechnik: Im Foucault’schen Sinne ist diese neue Form neoliberaler Gouvernementalität dadurch

gekennzeichnet, dass sie emanzipatorische „Aushandlungsprozesse hegemonial überformt und zum Teil eines neoliberalen ökonomischen Projekts macht“ (Sauer 2007: 36) und „zusehends zur Entsolidarisierung und Entpolitisierung von Ungleichheitsstrukturen führt“ (ebd.: 40). Ziel ist nicht länger soziale Gerechtigkeit, sondern die Akzeptanz von Ungerechtigkeit (vgl. Dzudzek/Strüver 2013).

Depolitisierung im Neoliberalismus

Jenseits neoliberaler Repräsentation werden Subjekte nicht als politische anerkannt. Dies zeigt sich in den *riots* auf zweifache Weise: erstens in der Desartikulation der Aufständischen als politische Subjekte durch ihre Dehumanisierung und die Heraufbeschwörung eines Ausnahmezustandes, der den Menschen ihre politische Stimme innerhalb der Institutionen der britischen *big society* nimmt, und zweitens im Nicht-Artikulieren von politischen Forderungen, was eine Verweigerung der Repräsentation durch ebendiese politischen und zunehmend neoliberalisierten Institutionen darstellt.

„Ich glaube jedoch, die Frage sollte nicht lauten: Waren diese Unruhen und das Plündern politisch? Sondern: Gibt es in diesem Land überhaupt noch Politik?“ (Gilroy 2012a: 112).

Mit dieser Fokusverschiebung vertritt Paul Gilroy in einer Rede über die *riots* 2011 die These, dass Großbritannien durch einen postpolitischen Konsens gekennzeichnet sei, in dem Forderungen, die über diesen Konsens hinausgehen oder ihn gar infrage stellen, außerhalb des Sagbaren liegen und damit politisch nicht mehr verhandelbar sind. In ihrer „sprachlosen Form“ weisen die *riots* auf die zunehmende Unmöglichkeit hin, politische Subjektpositionen jenseits von Aktivierung, Responsibilisierungslogik und Verwertungszwang zu artikulieren. „Was die derzeitige Situation postpolitisch macht, ist der Ausschluss der Möglichkeit der Politisierung“ und erläutert am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in den USA, dass es dort nicht um die Schwierigkeiten des Einzelnen ginge, sondern um kollektive Rechte. „Polarisierung“ bedeute „das Anheben des Einzelfalls auf das Niveau des Universellen“ (Dean 2011 24).

„Die Post-Politik versucht gerade, diese metaphorische Verallgemeinerung partikularer Forderungen zu verhindern. Post-Politik mobilisiert den ganzen Apparat von Experten, Sozialarbeitern usw., um die Gesamtforderung einer partikularen Gruppe, genau auf ebendiese Forderung mit ihrem bloß besonderen Inhalt zu reduzieren.“ (Žižek 2001: 281)

Die Aufständischen wissen, dass ihre Forderungen trotz oder gerade aufgrund von *diversity managers* und *community workers* nicht durchsetzbar sind. Die *riots* müssen daher nicht als Mangel, sondern als Verweigerung bestehender Formen politischer Repräsentation gelesen werden. „[It] is not by chance that the precarious of postfordism reject political representation“ schreibt Isabell Lorey (2011: 1) in ihrer Auseinandersetzung mit den Aufständen und Platzbesetzungen 2011. Daher werden wir abschließend

diskutieren, ob und inwiefern sich in den *riots* eine neue Form des Politischen und politischer Subjektivität jenseits von Repräsentationspolitik zeigt und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

4. Die *riots* – eine neue Form des Politischen?

Im Folgenden argumentieren wir, dass die *riots* insofern politisch sind, als es ihnen gelingt, den „normalisierten Ausnahmezustand“ (Altenried 2012: 26) temporär aufzuheben und neue politische Subjekte zu artikulieren. Es gelingt aber nicht, diese neuen politischen Subjekte dauerhaft in die bestehende Ordnung postpolitischer Regierung einzuschreiben und damit zu verändern. Trotzdem blitzen in den *riots* temporär neue politische Subjekte auf, die auf wichtige Widersprüche der gegenwärtigen neoliberalen Gesellschaftsordnung hindeuten und deshalb unsere Aufmerksamkeit verdienen. Dabei ist „die Tatsache, dass die Aufständischen kein Programm haben [...], selbst ein Fakt, den es zu interpretieren gilt“ (Žižek 2012: 140) und der den Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen darstellt.

„Da die urbanen Aufstände in England auf Forderungen und Appelle fast komplett verzichteten, sprachen sie ausschließlich durch ihre Form,“ schreibt Moritz Altenried (2012: 71) in Bezug auf die *riots*. Bezugnehmend auf Hardt und Revel versteht er sie als „politisch, weil sie sich auf einem konstituierenden Terrain positionieren und nicht im Bereich der Forderungen“ (Hardt/Revel 2011, zit. n. Altenried 2012: 72). Damit schließt er an das poststrukturalistische Verständnis von Politik im Sinne der neueren Theorien des Politischen (Marchart 2010, Rancière 2002, Žižek 2001) an, die unter Politik gerade nicht das Spielen nach den Regeln der (repräsentativen) Demokratie und ihrer zunehmend neoliberalisierten Institutionen verstehen.

„Der eigentliche politische Akt (die Intervention) ist nicht einfach etwas, was innerhalb der existierenden Verhältnisse gut funktioniert, sondern etwas, was gerade den Rahmen verändert, der festlegt, wie die Dinge funktionieren“ (Žižek 2001: 273). Nach Rancière (2002: 132) existiert Politik „dort, wo die Rechnung/Zählung der Anteile und die Teile der Gesellschaft von der Einschreibung eines Anteils der Anteillosen gestört wird“; wenn die, deren Stimme (*voice*) durch die herrschende Ordnung nur als Lärm (*noise*) wahrgenommen wird, ihr Recht zu sprechen einfordern, Sprache erlangen und Orte schaffen, die ihnen die Ausübung dieses Rechts erlauben (Swyngedouw 2011: 376).

“In rioting there is a contentious but fragmented process of forming and dissolving, during which multiple shifts occur from planned to spontaneous, non-violent to violent, collective to individual actions and vice versa. In riots, not only are the claims of rioters not clearly articulated, but also their right to act as claim-making subjects is severely contested. Thus, riots challenge public definitions and perceptions of ‘politics’.” (Simiti 2012: 145)

In den *riots* zeigt sich insofern eine Form von Politik im Sinne Rancières, als sie einen Moment darstellten, der die Umkehrung des normalisierten Ausnahmezustands und eine räumliche Praxis der Wiederaneignung zeitigt. Politik im Sinne der oben diskutierten poststrukturalistischen

Vertreter_innen der neuen Theorien des Politischen ist aber auch eng mit politischer Subjektconstitution verbunden. “[T]he only place one finds the unaccounted for is in the emergence of a political articulation, at a particular time and space, an emergence that becomes the claim of the unaccounted for to redefine the whole and to speak” (Dikeç 2005: 177; Hervorheb. i. O.). Diese Form der Artikulation und politischen Subjektwerdung bezeichnet Rancière als „Unvernehmen“ (2002).

Judith Butler (2011) verweist in ihrer Auseinandersetzung mit den vielfältigen Formen der Platzbesetzungen in 2011 (Kairo, Madrid, Athen, New York, Tel Aviv) auf die Schwierigkeit, eine ausgeschlossene Subjektposition und die mit ihr verbundenen politischen Forderungen im öffentlichen Raum zu äußern. Den Grund hierfür sieht sie in der Tatsache, dass jeder Raum bereits aufgeteilt ist und Menschen jenseits der herrschenden Ordnung politische Subjektivität abspricht (ebd.). Im Rückgriff auf Hannah Arendt schiebt sie, dass öffentlicher Raum nichts Gegebenes ist. „There has to be a hegemonic struggle over what we are calling the space of appearance” (ebd.: 1f.), “in acting, we bring the space of politics into being” (ebd.: 6). Dieser politische Raum kann erst durch eine performative Praxis zwischen Körpern gestiftet werden: „one that displaces the power that claims legitimacy precisely by taking over the field of its effects“ (ebd.: 5). Butler nennt die Platzbesetzungen von 2011 politisch, weil diese in der performativen Praxis des Austausches – der Sicherstellung alltäglicher Bedürfnisse auf den Plätzen [19] – eine neue soziale und politische Form der Gemeinschaft entwickelt haben:

“These actions were all political in the simple sense that they were breaking down a conventional distinction between public and private in order to establish relations of equality; in this sense, they were incorporating into the very social form of resistance the principles for which they were struggling on the street.” (ebd.: 8).

In diesem Sinne führt das Unvernehmen hier zur Herausbildung neuer politischer Subjekte, die sich in die herrschende Ordnung einschreiben und diese hin zu einer neuen sozialen Form transformieren.

Demgegenüber charakterisiert Mustafa Dikeç die Unruhen der Pariser Vorstädte in seiner Analyse als „unartikulierte Gerechtigkeitsbewegungen“ (2007: 169), die nicht als Stimmen (*voices*) wahrgenommen würden, die die Ordnung der Dinge infrage stellen, sondern als Lärm (*noise*), der die etablierte Ordnung stört (ebd.). Benjamin Fogel beschreibt die *riots* als Ereignisse, die zwar verschiedene neue politische Subjekte hervorbringen, dabei jedoch nicht gleich die Instituierung einer neuen sozialen Ordnung zeitigen:

“A riot falls into the category of a rupture of the established order that creates a political subjecthood of sorts, but it fails to become an event, in the sense that it does not bring something completely new into being or provide an alternative vision for the future. Riots merely call the existing system into question.” (Fogel 2011)

Gelang es den Londoner Aufständischen, sich als neue politische Subjekte zu artikulieren und dadurch die hegemoniale Ordnung infrage zu stellen und zu verändern? Žižek verneint diese Frage. Da es nicht gelänge, jenseits

von Plünderung und Zerstörung Forderungen zu artikulieren, wäre es auch nicht möglich, ein neues revolutionäres Subjekt zu konstituieren (2012: 139f.). Hierin sieht Žižek ein Scheitern der *riots* als „abstrakte Negativität“ (ebd.: 139).

„Aus revolutionärer Perspektive besteht das Problem der Unruhen nicht in der Gewalt als solcher, sondern in der Tatsache, dass diese Gewalt nicht wirklich bewusster Ausdruck der Selbstbehauptung ist. Sie ist vielmehr ohnmächtige Wut und Verzweiflung maskiert als Machtdemonstration; sie ist Neid maskiert als triumphaler Karneval.“ (ebd.: 143)

Žižek übersieht jedoch, dass die Forderungs- und Sprachlosigkeit der Aufständischen nicht notwendiger Weise darin begründet liegt, dass diese keine politische Subjektivität haben, sondern dass sie in den gegenwärtigen Formen der neoliberalen Konsensdemokratie zunehmend ungehört bleiben, wie die vorangegangene Analyse deutlich herausgearbeitet hat. Indem Žižek einen Mangel an „wirklich bewusstem Ausdruck der Selbstbehauptung“ bei den Aufständischen diagnostiziert, schiebt er die Schuld für das Scheitern der politischen Artikulation ein weiteres Mal den Aufständischen zu. Eine solche Perspektive lenkt von der Schwierigkeit politischer Artikulation unter den gegebenen individualisierenden Verhältnissen ab. Der Nachgang der *riots* hat gezeigt, wie schnell sich das ‚Möglichkeitsfenster‘ der temporären Umkehrung des normalisierten Ausnahmezustands wieder geschlossen haben: Die Dehumanisierung der Aufständischen als ‚Abschaum‘ und der damit begründete biopolitische Zugriff auf ihre Körper legitimierten drakonische Maßnahmen und Strafen zur Restauration der neoliberalen, postdemokratischen Ordnung.

Žižeks (2012) Deutung der *riots* in London als Scheitern der Etablierung politischer bzw. revolutionärer Subjekte und Dikeçs (2007) Interpretation der Aufständischen in den Pariser Vorstädten 2005 als „unartikulierte“ Subjekte halten wir eine Deutung entgegen, die gerade die Herausbildung politischer Subjektivität in den *riots* 2011 in London betont. Indem Žižek die *riots* als Ausdruck „abstrakter Negativität“ denkt, verkennt er, dass während der *riots* durchaus neue politische Subjekte auf den Plan getreten sind. Es ist aber nicht gelungen, sie dauerhaft in die vorherrschenden neoliberalen, politischen Ordnung einzuschreiben oder alternative soziale Praktiken und „spaces of appearance“ (Butler 2011: 5f.) über die *riots* hinaus zu etablieren, die die postpolitischen Regeln neu verhandelt hätten. Dennoch aber ist es wichtig, Momente politischer Subjektwerdung und *agency* in den *riots* anzuerkennen, weil nur diese Ausgangspunkt möglicher emanzipatorischer Politik sowie möglicher neuer politischer Subjektconstitutionen und Ordnungen sein können, die gegenwärtig nicht als solche artikulier- und verhandelbar sind.

Eine weitere wissenschaftliche Untersuchung politischer Subjektivität in den *riots* stellt unseres Erachtens eine Zukunftsaufgabe dar: Hier zeigen sich zentrale Widersprüche der gegenwärtigen neoliberalen Gesellschaftsordnung, möglicherweise auch neue Formen ihrer Bearbeitung sowie neue „spaces of appearance“ jenseits einer Rückkehr zur Integrationsmaschine Wohlfahrtsstaat, die es – so erstrebenswert Aspekte davon manchen erscheinen mögen – nicht mehr geben wird.

Endnoten

- [1] Wir verwenden in diesem Artikel das Wort *riots* für die Aufstände in England, weil sich ‚riots 2011‘ als Bezeichnung für das Ereignis in Medien und Wissenschaft durchgesetzt hat. Analytisch und politisch, so sind wir überzeugt und werden das im Rahmen dieses Artikel auch begründen, wäre es angemessener, von ‚insurrections‘ oder ‚Aufständen‘ zu sprechen. Denjenigen, die an den *riots* beteiligt waren, sind durch Regierung und Presse die unterschiedlichsten Namen gegeben worden, die von ‚protesters‘ über ‚monsters‘ bis ‚sick elements‘ reichen. Entsprechend unserer These, dass die *riots* ein politisches Ereignis waren, nutzen wir im Folgenden die Bezeichnung ‚Aufständische‘.
- [2] Der Daily Telegraph vom 11.8.2011 eröffnet beispielsweise mit der Hauptschlagzeile ‚Our Sick Society‘.
- [3] Die Daily Mail vom 10.8.2011 spricht beispielsweise von „nihilistic and feral teenagers, seemingly devoid of any semblance of morality“.
- [4] Ian Burrell (2011) beispielsweise erkundet in The Independent vom 10.8.2011 die „bloody and perverse world of Britain’s gang culture“, „a culture that has spread through Britain like a virus over the past 20 years“ und sieht darin eine der Hauptursachen der riots.
- [5] Dass das durchaus wörtlich zu verstehen ist, macht nicht nur die *operation fightback* (Cameron 2011a) der Regierung deutlich, sondern auch das zivilgesellschaftlich organisierte *riot clean-up* (Davies et al. 2011), eine Aktion, bei der tausende Bürger_innen, häufig medial inszeniert mit Models und Promis, mit dem Besen zum Aufräumen auf die Straße gingen. Der Symbolgehalt der Aktion verweist direkt auf Sarkozys Law-and-Order-Parolen aus dem Jahr 2005 über die Verhältnisse in den Pariser Vorstädten, die in den Aufständen von 2005 in den Banlieues mündeten: Dort sagte er, man müsse die ‚racaille‘ (das Gesindel/den Abschaum) mit einem Hochdruckreiniger aus den Straßen kehren (LeMonde/AFP 2005, vgl. auch Dikeç 2007).
- [6] Dieser Artikel ist im Nachgang zu einer Veranstaltung entstanden, die wir mit „nitribitt – frankfurter ökonomien“ im November 2012 unter dem Titel „Versuch’s mal mit Gewalt? Das Ende der Politik?“ zu den *riots* 2011 im Rahmen der Frankfurter Gegenuniversität im Institut für vergleichende Irrelevanz gemacht haben. Der Veranstaltung sind intensive und sehr anregende Debatten vorausgegangen. Wir danken Anne Jung, Bodo Pallmer, Dirk Kreckler, Dirk Kretschmer, Klaus Ronneberger, Melanie Schreiber und Nicolette Naumann sehr herzlich für die vielen Anregungen aus wissenschaftlicher, politischer, ökonomischer und künstlerischer Perspektive, die Inhalt und Struktur des Artikels maßgeblich geprägt haben. Das Institut für vergleichende Irrelevanz wurde am 24. April 2013 geräumt. Wir werden diesen Ort kritischer Auseinandersetzung vermissen.
- [7] „Chav (British informal, derogatory): a young working-class person whose tastes, although sometimes expensive, are considered vulgar by some“ (siehe: <http://www.collinsdictionary.com/dictionary/english/chav>). Darüber hinaus wird *chav* häufig auch als Backronym für *council housed and violent* zur Stigmatisierung einer wachsenden Bevölkerungsgruppe als rücksichtslos, faul und kriminell verwendet. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die im Jahr 2011 publizierte Arbeit ‚Chavs. The Demonization of the Working Class‘ des Historikers und Journalisten Owen Jones (2011).
- [8] Der Titel „Ill Manors“ ist mehrdeutig. In der Schriftsprache verweist er auf das kranke Landgut oder die Grundherrschaft, welche sich in diesem Fall ironisch auf die Wohnblocks und *council houses* beziehen, in der gesprochenen Sprache auf die *ill manners*, also die kranken Manieren oder das kranke Verhalten.
- [9] Eine Übersicht der Titelseiten der englischen Tageszeitungen bietet The Guardian 2011; vgl. auch Hastings 2011, Henley 2011 und Greenslade 2011. Moritz Sommers diskursanalytische Untersuchung von Editorials und Leitartikeln der neun auflagenstärksten Tageszeitungen Großbritanniens im Zeitraum vom 6. bis 13. August 2011 zeigt sehr deutlich, dass die Aufständischen in keiner einzigen Zeitung als politische Subjekte verhandelt wurden, sondern stets als deviant und außerhalb der Gesellschaft positioniert (vgl. Sommer 2012).
- [10] Wir teilen Thomas Lemkes Ansicht, die er als Kritik an Agambens Konzeption von Biopolitik anführt, dass sich biopolitische Mechanismen nicht nur auf jene konzentrieren, die auf ihren Status als „nacktes Leben“ reduziert und elementarer Rechte beraubt

sind, „sondern darüber hinaus auch auf all diejenigen, die sozialen Exklusionsprozessen ausgesetzt sind, auch wenn sie möglicherweise formal Vollbürger sein mögen und politische Rechte besitzen“ (Lemke 2007).

- [11] “They have been stopping and searching young Blacks for no reason at all. I have a grandson, he’s an angel, and he began to think when he was coming of age, when the police slapped him up against the wall, and searched him. [...] I asked him how many times have the police searched you. He said: ‚Papa, I can’t count there’s so many times“ (BBC News 2011).
- [12] Die erste Phase der Studie wurde innerhalb von drei Monaten abgeschlossen. Verwendet wurden insgesamt 270 vertrauliche Interviews mit Personen, die unmittelbar an den *riots* beteiligt waren. Ergänzt wurde diese Datenbasis um eine von Wissenschaftler_innen der Manchester University durchgeführte Analyse von 2.5 Millionen auf die *riots* bezogenen Twitter-Nachrichten. Zur Methodologie der Studie vgl. Lewis et al. 2011a.
- [13] Wir folgen in diesem Punkt Agambens Definition der topologischen Struktur des Ausnahmezustands: Er versetzt geltendes Recht in einen Schwebezustand. „Die Suspendierung der Norm bedeutet nicht ihre Abschaffung, und die Zone der Anomie, die sie einrichtet, ist nicht ohne Bezug zur Rechtsordnung (oder gibt wenigstens vor, es nicht zu sein)“ (Agamben 2004: 33).
- [14] Criminal Justice and Public Order Act, Paragraph 60.
- [15] In einem Interview mit ‚Democracy Now!‘ am 10. August 2011 darf Darcus Howe diesen Punkt, ohne unterbrochen zu werden, ausformulieren: „There is a mass insurrection. And I’m not talking about rioting; I’m talking about an insurrection that comes from the depths of society, from the consciousness, collectively, of the young blacks and whites, but overwhelmingly black, as a result of the consistent stopping and searching young blacks without cause“ (Democracy Now! 2011).
- [16] Einen eindringlichen Eindruck bietet ein Amateurvideo von der Plünderung einer JD Sports-Filiale unter: <http://www.youtube.com/watch?v=oaMImDtPTU4>.
- [17] Dabei handelt es sich Zahlungen von bis zu 30 Pfund die Woche an Schüler_innen und Studierende aus Niedriglohnhaushalten in England, Schottland, Wales und Nord Irland, wenn diese mit der Schule oder dem College weitermachen.
- [18] Zit. nach Žižek 2011b.
- [19] Butler weist darauf hin, dass die Körperlichkeit und Materialität dieser Praxis Transmissionsriemen und zugleich Bruchstelle hegemonialer diskursiver Ordnungen ist. „In turn, this means that the life of the body – its hunger, its need for shelter and protection from violence – would all become major issues of politics. Even the most given or non-chosen features of our lives are not simply given; they are given in history and in language, in vectors of power that none of us chose“ (Butler 2011: 11).

Autor_innen

Iris Dzudzek ist Geographin und beschäftigt sich mit der Rolle von Kreativität und Vielfalt für die Regierung von Städten. Sie interessiert sich für Fragen des Unvernehmens und des Buchhandels.

dzudzek@geo.uni-frankfurt.de

Michael Müller ist Buchhändler und erfolgreicher Unvernehmer mit nitribitt – frankfurter ökonomien. Er ist Pampashasenpate und interessiert sich für Fragen der politischen Geographie.

michael@karl-marx-buchhandlung.de

Literatur

AFP/dpa (2010): Britischer Haushalt: Cameron streicht radikal Jobs und Leistungen. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/grossbritannien-kuerzungen-sparplaene/komplettansicht?print=true> (letzter Zugriff am 5.5.2013).

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Altenried, Moritz (2012): *Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand.* Münster: Edition Assemblage.
- Batty, David (2011): Manchester police say sorry over tweet on woman who accepted looted clothes. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/13/manchester-police-sorry-looter-sentence> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Bauman, Zygmunt (2005): *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2010): *Leben als Konsum.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2011): The London riots- on consumerism coming home to roost. <http://www.social-europe.eu/2011/08/the-london-riots-on-consumerism-coming-home-to-roost> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- BBC news (2011): Live-Interview mit Darcus Howe vom 9.8.2011. <http://www.youtube.com/watch?v=iL5UsGJG54> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Bird, John (2011): Fashion has become a weapon on the streets of London. <http://www.independent.co.uk/voices/commentators/john-bird-fashion-has-become-a-weapon-on-the-streets-of-london-2337838.html> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus.* Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Bowcott, Owen/Carter, Helen/Clifton, Helen (2011): Facebook riot calls earn men four-year jail terms amid sentencing outcry. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/16/facebook-riot-calls-men-jailed> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Buden, Boris (2009): Society Lost. Warum sind urban struggles keine gesellschaftlichen Kämpfe? In: Konrad Becker / Martin Wassermair (Hg.), *Phantom Kulturstadt. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik 2.* Wien: Loecker Erhard Verlag, 227-233.
- Bunke, Christian (2012): Gegen Arme und Behinderte. Großbritanniens Premier für tiefe Einschnitte bei Sozialleistungen. In: *Junge Welt*, 29.6.2012.
- Butler, Judith (2011): Bodies in alliance and the politics of the street. <http://eipcp.net/transversal/1011/butler/en> (letzter Zugriff am 3.3.2013).
- Cameron, David (2011a): PM's speech on the fightback after the riots. <https://www.gov.uk/government/speeches/pms-speech-on-the-fightback-after-the-riots> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Cameron, David (2011b): PM's statement on violence in England. <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-statement-on-violence-in-england> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Centre for Contemporary Cultural Studies (1982): *The Empire Strikes Back: Race and Racism in 70s Britain.* London/New York: Routledge.
- Davies, Lizzy/Topping, Alexandra/Ball, James/Sample, Ian (2011): London riots: hundreds answer appeal to clean up streets. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/09/london-riots-cleanup-appeal> (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Dean, Jodi (2011): Post-Politik? Nein, danke! In: Becker, Konrad / Wassermair, Martin (Hg.), *Nach dem Ende der Politik. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik, 3.* Wien: Loecker Verlag, 17-29.
- Democracy Now! (2011): Democracy Now! Ausgabe vom 10.8.2011. http://www.democracynow.org/2011/8/10/over_1_000_arrested_in_uk (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Dikeç, Mustafa (2005): Space, politics, and the political. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 23/2, 171-188.
- Dikeç, Mustafa (2007): *Badlands of the Republic. Space Politics and Urban Policy.* Hoboken: Wiley-Blackwell.
- Dodd, Vikram (2012): Police up to 28 times more likely to stop and search black people. <http://www.guardian.co.uk/uk/2012/jun/12/police-stop-and-search-black-people> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Dodd, Vikram (2013): Minorities stopped disproportionately in decade after Macpherson report. <http://www.guardian.co.uk/law/2013/apr/22/ethnic-minority-britons-stop-search-white> (letzter Zugriff am 4.5.2013).
- Donson, Fiona (2010): Gillan & Quinton versus United Kingdom. In: *International Legal Materials* 49/2, 321-357.
- Dorling, Danny (2012): Inequality constitutes a particular place. In: *Social & Cultural Geography*, 13/1, 1-10.

- Duggan, Lisa (2004): *The Twilight of Equality? Neoliberalism, Cultural Politics, and the Attack on Democracy*. Boston: Beacon Press.
- Dzudzek, Iris/Strüver, Anke (2013): Subjectivities in crisis. In: *Geographica Helvetica*. 68/3, 145-152.
- Fogel, Benjamin (2011): Riots as political action. <http://thinkingafricarhodesuniversity.blogspot.de/2011/10/riots-as-political-action.html> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Ford Rojas, John-Paul (2011): London riots: Lidl water thief jailed for six months. <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/crime/8695988/London-riots-Lidl-water-thief-jailed-for-six-months.html> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Gentleman, Amelia (2011): Public sector cuts – the truth. <http://www.guardian.co.uk/society/2011/mar/25/public-sector-cuts/print> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Gilroy, Paul (2000): *Between Camps: Race, Identity and Nationalism at the End of the Colour line*. London/New York: Routledge.
- Gilroy, Paul (2011): Paul Gilroy speaks on the riots in Tottenham, North London, August 2011. <http://dreamofsafety.blogspot.de/2011/08/paul-gilroy-speaks-on-riots-august-2011.html> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Gilroy, Paul (2012a): Über die Unruhen im August 2011 in Tottenham, Nord-London. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 111-116.
- Gilroy, Paul (2012b): 1981: Aufruhr in den Straßen – Die Gewalt in Englands Städten. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 117-121.
- Gilroy, Paul (2012c): 1981: Die Unruhen von Brixton. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 123-129.
- Gregory, Derek (1998): Power, knowledge and geography. In: Hans Gebhardt / Peter Meusburger / Michael Hoyler (Hg.), *Explorations in Critical Human Geography: Hettner-Lecture 1997*. Heidelberg: Franz Steiner Verlag, 9-44.
- Hall, Stuart (1997): *Representation: Cultural Representations and Signifying Practices*. New York: Sage.
- Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des „Anderen“. In: ders. (Hg.), *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*. Hamburg: Argument Verlag, 108-166.
- Halliday, Josh (2011): London rioters are not ‚protesters‘, admits BBC. <http://www.theguardian.com/media/2011/aug/10/london-rioters-not-protesters-bbc> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Hastings, Max (2011): Years of liberal dogma have spawned a generation of amoral, uneducated, welfare dependent, brutalised youngsters. <http://www.dailymail.co.uk/debate/article-2024284/UK-riots-2011-Liberal-dogma-spawned-generation-brutalised-youths.html> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Henley, Jon (2011): The UK riots and language: ‚rioter‘, ‚protester‘ or ‚scum‘? <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/10/uk-riots-language> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Hersh, Joshua (2011): London riots: BBC interview gets Ttesty. http://www.huffingtonpost.com/2011/08/09/london-riots-bbc-interview_n_922857.html (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Home Affairs Committee (2009): *The Macpherson Report – Ten Years On*. London: The Stationery Office.
- Home Office (2012): *Police powers and procedures England and Wales 2010 to 2011*. <https://www.gov.uk/government/publications/police-powers-and-procedures-england-and-wales-2010-to-2011-second-edition/police-powers-and-procedures-england-and-wales-2010-to-2011-second-edition> (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Jason-Lloyd, Leonard (1996): *The Criminal Justice and Public Order Act 1994. A Basic Guide for Practitioners*. London: Frank Cass Publishers.
- Jones, Owen (2011): *Chavs: The Demonization of the Working Class*. London: Verso.
- Le Monde/AFP (2005): Les propos de Nicolas Sarkozy sur le „nettoyage“ de La Courneuve provoquent l'indignation. http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/06/21/les-propos-de-m-sarkozy-sur-le-nettoyage-de-la-courneuve-provoquent-l-indignation_664721_3224.html (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Lemke, Thomas (2007): *Biopolitik*. Hamburg: Junius Verlag.

- Lewis, Paul/Newburn, Tim/Taylor, Matthew/McGillivray, Catriona/Greenhill, Aster/Frayman, Harold/Proctor, Rob (2011): Reading the Riots: Investigating England's summer of disorder. London: The Guardian/The London School of Economics and Political Science. <http://www.guardian.co.uk/uk/series/reading-the-riots> (letzter Zugriff am 19.11.2012).
- Lewis, Paul/Taylor, Matthew/Ball, James (2011): Kenneth Clarke blames English riots on a "broken penal system." <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/sep/05/kenneth-clarke-riots-penal-system> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Lorey, Isabell (2011): Non-representationist, presentist democracy. <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en> (letzter Zugriff am 3.3.2013).
- MacPherson, William (1999): The Stephen Lawrence Inquiry. London: The Stationery Office.
- Mains, Stephen (2011): Convicted London rioters should lose all benefits. <http://epetitions.direct.gov.uk/petitions/7337> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- McRobbie, Angela (2012): Bad news from England. <http://www.angelamcrobbe.net/bad-news-from-england> (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Metropolitan Police London (2012): Section 60 Criminal Justice and Public Order Act 1994 Standard Operating Procedures. http://www.met.police.uk/foi/pdfs/priorities_and_how_we_are_doing/corporate/stop_search_s60_cjpo_sops_v3_2012.pdf (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Ministry of Justice (2012): Statistical bulletin on the public disorder of 6th to 9th August 2011. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/162762/august-public-disorder-stats-bulletin-230212.pdf.pdf (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Neate, Rupert (2011): Levi's pulls 'riot' ad after UK violence. Advertising campaign featuring young man squaring up to riot police withdrawn following public outcry. <http://www.guardian.co.uk/media/2011/aug/11/levis-riot-ad-uk-violence> (letzter Zugriff am 4.5.2013).
- Odone, Cristina (2011): Immigrants love this country more than we do. <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/law-and-order/8693558/Immigrants-love-this-country-more-than-we-do.html> (letzter Zugriff am 2.5.2013).
- Parsons, Tony (2011): UK riots: Why did the riots happen? Who are the rioters? What can we do to end this madness? <http://www.mirror.co.uk/news/uk-news/uk-riots-why-did-the-riots-happen-who-147237> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Povey, David/Mulchandani, Ravi/Hand, Timothy/Panesar, Lakhvinder K. (2011): Police Powers and Procedures England and Wales 2009/10. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/115792/hosbo711.pdf (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Quinn, Ben (2011): David Starkey claims "the whites have become black". <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/13/david-starkey-claims-whites-black> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rawlinson, Kevin (2011): Facebook rioters who incited disorder have appeals rejected. <http://www.independent.co.uk/news/uk/crime/facebook-rioters-who-incited-disorder-have-appeals-rejected-2372578.html> (letzter Zugriff am 23.04.2013).
- Realdesign (2011): Looting during the riots 2011 in London. <http://realisedesign.co.uk/product-design-blog/wp-content/uploads/2011/08/looting.jpg> (letzter Zugriff am 11.11.2012).
- Ronneberger, Klaus/Tsianos, Vassillis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.), No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript Verlag, 137-152.
- Sauer, Birgit (2007): Diversity. Eine staats- und hegemonietheoretische Reflexion. In: *Femina Politica* 16/1, 33-44.
- Simiti, Marilena (2012): The volatility of urban riots. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham: Ashgate, 133-145.

- Slater, Tom (2011): From 'criminality' to marginality: rioting against a broken state. In: *Human Geography* 4/3, 106-115.
- Sommer, Moritz (2012): 'The Rioter' as 'Pleb': A critical perspective on public discourses in the aftermath of 'the 2011 riots.' London: The London School of Economics. http://www.academia.edu/1932928/The_Rioter_as_Pleb_-_A_critical_perspective_on_public_discourses_in_the_aftermath_of_the_2011_riots (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Stratton, Allegra/Elliott, Larry/Ramesh, Randeep (2010): Spending review: George Osborne to save capital projects from cuts. <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/oct/17/george-osborne-cuts-spending-review/print> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Strickland, Pat/Berman, Gavin (2012): *Police Stop and Search Powers*. London: The Stationery Office.
- Swyngedouw, Erik (2011): Interrogating post-democratization: Reclaiming egalitarian political spaces. In: *Political Geography* 30/7, 370-380.
- Thatcher, Margaret (1987): Interview for *Woman's Own*, 23.9.1987. <http://www.margarethatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid=106689> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Townsend, Mark (2012): Stop and search "racial profiling" by police on the increase, claims study. <http://www.guardian.co.uk/law/2012/jan/14/stop-search-racial-profiling-police> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Trades Union Congress (2011): Responding to the Riots. A TUC Briefing. London. <http://www.tuc.org.uk/tucfiles/80/respondingtotheriots.pdf> (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Travis, Alan (2011): Anti-terror stop and search powers to be scrapped. <http://www.guardian.co.uk/law/2010/jul/08/anti-terror-stop-and-search-scrapped> (letzter Zugriff am 2.5.2013).
- Travis, Alan (2012): England riots: Almost 1,000 people jailed so far, figures show. <http://www.guardian.co.uk/uk/2012/feb/23/almost-1000-jailed-riot-related-offences> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Werthschulte, Christian (2011): *Aufstand der Zeichenlosen*. In: *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, 564/9, 1.
- YouGov (2011a): YouGov England Riot Results. Summary. <http://yougov.co.uk/news/2011/08/19/riots-what-papers-say/> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- YouGov (2011b): YouGov England Riot Results: 9 out of 10 British adults say police should be able to use water cannon on rioters and one third support use of live ammunition. http://cdn.yougov.com/today_uk_import/yougov_england_riot_results_pdf_pr.pdf (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Žižek, Slavoj (2011a): *Gewalt: Sechs abseitige Reflektionen*. Hamburg: Laika Verlag.
- Žižek, Slavoj (2011b): *Lasst Euch nicht umarmen!* In: *Süddeutsche Zeitung*, 27.10.2011.
- Žižek, Slavoj (2012): *Ladendiebe aller Länder, vereinigt Euch!* In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen*. Hamburg: Laika Verlag, 139-145.

The Noise of Politics – the London Riots of 2011 and their Political Subjects

August 2011 – London's burning. Over a period of 4 days, spreading from various districts of London to other cities, Britain was struck by the largest uprisings and lootings in post-war-history. Conservative media and politics quickly agreed: The scum, responsible for all this havoc and looting, needs to be wiped off the streets ruthlessly. The insurgents did not raise any political demands. Contrary to hegemonic interpretations, which deny their political dimension, this article discusses a new political quality and subjectivity within the riots beyond the familiar frame of politics of representation.

